

Beschluss des Parteirats

Weltoffenheit und Vielfalt sind Gradmesser unserer Demokratie - Populismus und Rechtsradikalismus entgegentreten

Der Einsatz für eine weltoffene Gesellschaft ist ein Grünes Herzensanliegen. Emanzipation, gleiche Rechte und Toleranz prägen unsere politische Arbeit seit unserer Gründung. Blickt man auf die letzten 35 Jahre, kann man mit etwas Stolz behaupten: Wir haben auf diesem Weg schon viel erreicht. Deutschland ist toleranter und bunter geworden. Viele strukturelle Diskriminierungen wurden abgebaut, viele Vorurteile entkräftet und viele Verkrustungen aufgebrochen. Diese Errungenschaften werden von einer sehr großen Mehrheit in Deutschland getragen. Wir werden nicht zulassen, dass das Rad zurück gedreht wird.

Wenn wir weiterhin in einer freien, friedlichen und demokratischen Gesellschaft leben wollen, müssen wir uns dem neuen Rechtsruck in Deutschland entgegenstellen. Wir werden nicht hinnehmen, dass sich Neonazis und Rassist*innen zunehmend organisieren und radikalisieren, dass brennende Flüchtlingsunterkünfte alltäglich werden. Wir sind solidarisch mit den Menschen, die immer öfter Opfer rechter und rassistischer Gewalt werden – und mit denjenigen engagierten Bürger*innen, Helfer*innen, Journalist*innen und Politiker*innen, die sich gegen Rassismus und rechte Gewalt einsetzen und deshalb immer wieder bedroht und angegriffen werden. Die rechte Mobilisierung und Gewalteskalation gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen ist offensichtlich und trotzdem besteht die Gefahr, dass der rechte Terror von den Behörden weiter unterschätzt und nicht gezielt bekämpft wird.

Rechter Terror und seine geistigen Brandstifter sind eine Bedrohung für unsere Gesellschaft. Es geht nun darum, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zu verteidigen. Dafür müssen die demokratischen Parteien zusammen mit der Zivilgesellschaft den brauen Terror konsequent bekämpfen und PEGIDA und die AfD als seine Stichwortgeber entlarven. Auch wollen wir den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer Opfer von Gewalt- und Sexualverbrechen geworden ist, darf nicht abgeschoben werden. Wir werden uns dafür noch besser vernetzen mit allen, die ebenfalls für eine weltoffene Gesellschaft eintreten. Denn eine freie, friedliche und demokratische Gesellschaft lässt sich nicht allein von Parteien erhalten, es ist eine Aufgabe vieler verschiedener gesellschaftlich progressiver Kräfte.

Wir müssen denjenigen aktiv widersprechen, die mit ihren Worten die rechte Taten legitimieren oder gar befördern: Informieren und aufklären, das sind für alle, die etwas gegen die Zunahme rechter Gewalt in unserer Gesellschaft tun wollen, wichtige Aufgaben. Es darf keine Toleranz bei Intoleranz geben. Mit guten Argumenten und dem stetigen Widerspruch im Alltag kann jede und jeder von uns dazu beitragen. Die beste Antwort auf die Stimmung von rechts ist eine weltoffene Grundeinstellung und ein Umgang, bei dem jedem Menschen vorurteilsfrei und hilfsbereit begegnet wird. Wir sind immer noch überwältigt, wie viele Menschen das derzeit in der Flüchtlingsarbeit

tagtäglich praktizieren. Menschlichkeit statt Hass ist das Gebot der Stunde für alle demokratischen Kräfte. Das wird allerdings nicht reichen.

Wir werden in Zukunft noch öfter und genauer erklären müssen, welche Herausforderungen und Probleme in unserer Gesellschaft vorhanden sind – und wo Sorgen und Ängste aufgebauscht und instrumentalisiert werden. Dabei ist immer wieder klarzumachen: das Grundgesetz gilt für alle. Wir werden unsere Werte wie Emanzipation, persönliche Freiheit und Menschenrechte verteidigen – in jede Richtung.

Mittel- bis langfristig ist die beste Antwort auf die Unzufriedenheit und zunehmende Abstiegsängste, die als Nährboden für den Rechtspopulismus dient, eine demokratische Politik, die Probleme löst. Das Unbehagen, das viele Menschen über die Entwicklungen verspüren, die großen Fragen unserer Zeit müssen die Parteien adressieren und Lösungen anbieten. Seien es die außenpolitischen Krisen, der Klimawandel, die Fluchtursachen, Steuerbetrug, religiöser oder politischer Fanatismus oder die soziale Absicherung sowie Aufstiegsmöglichkeiten. Wir zeigen dabei: es gibt demokratische Alternativen, die auf Solidarität, Zusammenhalt und Offenheit statt auf Abgrenzung, Hass und Wohlstandschauvinismus setzen. Wir werden auch weiterhin mit allen demokratischen Parteien um den besten Weg ringen und konstruktiv an Lösungen arbeiten. Dazu gehört für uns auch eine Politik, die zuhört und einbindet. Insbesondere die Partizipation der Menschen vor Ort ist für unsere Politik deshalb so wichtig. Erfahrungen zeigen, dass dies auch zu einer höheren Zufriedenheit mit den politischen Akteuren allgemein führt.

Demokratie lebt von Alternativen. Es ist es ein wichtiger demokratischer Beitrag, dass die Parteien ihre unterschiedlichen Antworten zur Lösung der Probleme wieder deutlicher machen. Für uns ist die Auseinandersetzung um die richtigen Lösungen mit den anderen demokratischen Parteien deshalb ebenso wichtig wie die Entlarvung von Populismus und Radikalismus – sei es auf der Straße oder im Parlament. Es ist klar, dass eine Blockbildung der demokratischen Parteien auf der einen Seite und der Rechtspopulist*innen auf der anderen Seite nicht hilfreich ist und die AfD unnötig aufwertet.

Kurzfristig werden wir uns insbesondere in den anstehenden Wahlkämpfen mit der AfD sowie mit anderen rechten Parteien, ihrer rückwärtsgewandten Programmatik und ihrem zum Teil menschenfeindlichen Weltbild auseinandersetzen. Wir kämpfen mit Jung und Alt, mit Alteingesessenen und Neuankommende, für unsere Grundwerte und unsere Demokratie, die wir nicht den Rechtspopulisten überlassen. Für uns ist klar, dass wir Debatten mit Kandidat*innen der AfD nicht aus dem Weg gehen sollten – solange dort der demokratische Diskurs gesucht wird. Es ist zu einfach, die AfD pauschal als rassistisch oder anti-demokratisch zu bezeichnen. Stattdessen sollten wir genau analysieren, klar benennen und differenzieren. Und dabei Rassismus, Sexismus, Homophobie und jeglicher anderen Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit klar widersprechen. Von der Umwelt- über die Sozial- bis hin zur Wirtschaftspolitik – die AfD trägt nichts zur Lösung der Probleme im Lande bei. Stattdessen schürt sie Zwietracht und versucht die weltoffene Gesellschaft zu untergraben. Dem stellen wir uns gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entschieden entgegen.